

# Wir brauchen einen neuen Geist in den Vereinten Nationen

Rede des Bundesaußenministers vor der 40. UN-Generalversammlung (26. September 1985)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beglückwünsche Sie, Herr Präsident, zu der Wahl in das hohe Amt des Präsidenten der 40. Generalversammlung der Vereinten Nationen. In diesem Jubiläumjahr wird uns Ihre langjährige diplomatische Erfahrung im Umgang mit den Vereinten Nationen von unschätzbare Hilfe sein.

Ich danke dem Präsidenten der 39. Generalversammlung, Botschafter Paul Lusaka, für sein erfolgreiches Wirken. Es ist mit sein Verdienst, daß die großen Probleme Afrikas in der vergangenen Generalversammlung mit wirklicher Verständnisbereitschaft, mit Pragmatismus und Realismus behandelt wurden.

Herr Präsident, vor vierzig Jahren haben die Völker mit der Gründung der Vereinten Nationen die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen. Die Bundesrepublik Deutschland, die an der Gründung der UNO nicht beteiligt war, arbeitet seit ihrem Bestehen für die Erfüllung des Weltfriedensauftrages der Vereinten Nationen. Wir tun dies durch unsere europäische und durch unsere weltweite Friedenspolitik.

Europa lebt seit vierzig Jahren ohne Krieg. Im Nordatlantischen Bündnis, mit dem die Bundesrepublik Deutschland als freiheitliche Demokratie ihr Schicksal fest verknüpft hat, ist eine Staatengemeinschaft entstanden, die im Innern ein Beispiel gleichberechtigter, friedlicher Zusammenarbeit gibt, und die nach außen zu Frieden und Stabilität beiträgt.

In der Europäischen Gemeinschaft sind an die Stelle jahrhundertelanger Rivalität und Konfrontation Freundschaft und Zusammenarbeit getreten. Aus den ursprünglich sechs Staaten sind inzwischen zehn Mitgliedstaaten geworden, und bald werden es zwölf sein. Der bevorstehende Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft bedeutet eine große Bereicherung und Stärkung der freiheitlich und demokratisch verfaßten Staaten Europas.

Wir wollen unsere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf eine vertragliche Grundlage stellen. Der Weg zur Europäischen Union ist vorgezeichnet. Wir sehen aktive Friedenspolitik als historische Aufgabe für den eigenen Kontinent und für die Welt.

Herr Präsident, Europa ist mehr als die Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Wenn wir von Europa sprechen, dann meinen wir das ganze Europa. Der Frieden in der Welt hängt im besonderen Maße von den Beziehungen zwischen West und Ost in Europa ab. Das deutsche Volk ist durch die Spaltung Europas auseinandergerissen. Spannungen zwischen West und Ost betreffen uns am stärksten. Deutschlandpolitik ist deshalb für uns europäische Friedenspolitik und Politik im Geiste der Vereinten Nationen.

Friedenssicherung in Europa ist ohne einen Beitrag beider deutscher Staaten nicht möglich. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Gemeinsame Bemühungen um den Frieden sind geboten. Das ist der Sinn der Verantwortungsgemeinschaft, in der beide deutsche Staaten ihren besonderen Friedensauftrag — ihre Friedenspflicht — erfüllen.

Unsere Zusammenarbeit verdient die Unterstützung aller Staaten, die an Stabilität und echter Entspannung im Herzen Europas aufrecht interessiert sind.

Es ist ermutigend, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, am 12. März 1985 gemeinsam die Möglichkeit für eine neue Phase in den West-Ost-Beziehungen feststellen konnten, eine Möglichkeit, die sich aus der Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den USA und der UdSSR ergibt.

Die Bundesrepublik Deutschland wird alles tun, um zur Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses beizutragen. Eine solide Grundlage dafür bleiben die Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren mit ihren Nachbarn geschlossen hat. Der Ausgangspunkt war der Moskauer Vertrag von 1970, der die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion auf eine neue Grundlage stellte.

Mit dem Moskauer Vertrag und mit den Verträgen mit der Volksrepublik Polen und der CSSR und mit dem Grundlagenvertrag mit der DDR haben wir aus unserer nationalen und historischen Verantwortung für den Frieden neue und langfristige Perspektiven für das West-Ost-Verhältnis eröffnet. Wir stehen zu diesen Verträgen.

Unsere Vertragspolitik steht nicht in Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. So steht es im »Brief zur Deutschen Einheit«, den die Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages der sowjetischen Seite übergab.

Mit den Verträgen und mit dem Viermächte-Abkommen über Berlin wurde der Weg zur KSZE, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, freigemacht.

Am 1. August 1985 beim 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki haben alle Teilnehmerstaaten ihren Willen bekundet, den KSZE-Prozess fortzusetzen und die Schlußakte von Helsinki in allen Teilen zu verwirklichen. Diese Schlußakte ist ein realistisches und ausgewogenes Dokument. Sie ist kein Friedensvertrag, aber sie ist eine zukunftsweisende Kursbestimmung für eine Europäische Friedensordnung.

Der KSZE-Prozess soll die Gebote friedlichen Zusammenlebens und das Angebot zu breiter Kooperation mit der Achtung der Grundrechte und Interessen der Menschen an Austausch und Information verbinden. Die Staaten werden ermutigt, ihre Ressourcen und kreativen Kräfte zu verbinden. Zusammenarbeit soll das Konfliktpotential eindämmen und abbauen, das in den fortbestehenden Interessengegensätzen und unterschiedlichen Wertordnungen liegt.

Die in der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit liegenden Möglichkeiten werden im Zuge der vor uns liegenden technologischen Revolution noch an Bedeutung zunehmen. In einer tragfähigen, dauerhaften Friedensordnung, die die legitimen Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, müssen Bemühungen um Vertrauensbildung und kooperative Sicherheit mit der Teilnahme aller am wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt zusammenfließen.

Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die kulturelle Zusammenarbeit. Der freie schöpferische Kontakt und Austausch zwischen allen Völkern, die gegenseitige Darstellung der kulturellen Leistungen vermitteln Kenntnis und Verständnis untereinander. In Europa ist das gemeinsame kulturelle Erbe über schreckliche Kriege und auch über ideologische Grenzen hinweg immer ein einigendes Band geblieben.

Das Bewußtsein der kulturellen Identität Europas wächst, so wie die Erkenntnis überall wächst, daß Europa auch in Zukunft ein gemeinsames Schicksal haben wird. Das Kulturforum, das in Kürze im Rahmen des KSZE-Prozesses in Budapest stattfindet, gibt allen Teilnehmerstaaten Gelegenheit, ihren Willen zu kultureller Zusammenarbeit und Austausch unter Beweis zu stellen.

Das Netzwerk der in Europa zwischen West und Ost entstandenen vielfältigen Beziehungen hat in den vergangenen Jahren schweren Belastungen standgehalten. Jetzt müssen wir zu tiefergehenden und breiter angelegten Ergebnissen kommen als in den siebziger Jahren. Die damals gefundenen tragfähigen Ansätze müssen genutzt werden.

Wir begrüßen das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Generalsekretär der KPdSU. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich immer wieder für ein solches Gipfeltreffen ausgesprochen. Die Begegnung in Genf soll der Neubeginn eines Dialogs auf höchster Ebene werden. Wir hoffen vor allem auf wichtige Impulse für die Verhandlungen in Genf.

Herr Präsident, am 8. Januar 1985 haben die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Aufnahme von Verhandlungen vereinbart. Diese haben am 12. März begonnen. Das Dokument vom 8. Januar ist ein Dokument von großer politischer Bedeutung. Es schafft neue Chancen für die Rüstungskontrolle, für den Dialog und die Zusammenarbeit im West-Ost-Verhältnis.

In diesem Dokument sind weitreichende Verhandlungsziele verankert worden:

- Es geht darum, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden,
- es geht um wirksame Übereinkünfte, die Nuklearwaffen strategischer und mittlerer Reichweite zu begrenzen und zu verringern,
- es geht um die Festigung der strategischen Stabilität.

Die Bundesregierung unterstützt diese Verhandlungsziele uneingeschränkt. Sie liegen im Interesse aller Völker. Wir sind uns darüber im klaren, daß Ergebnisse Zeit brauchen. Die Verhandlungsmaterie ist vielschichtig und kompliziert. Jeder muß die Sicherheitsinteressen des anderen berücksichtigen.

Spannungen und Mißtrauen müssen abgebaut werden. Der Erfolg hängt davon ab, daß sich die Verhandlungsparteien ernsthaft und flexibel um kooperative Lösungen bemühen. Sie müssen sich als Verantwortliche einer gemeinsamen Aufgabe verstehen. Im West-Ost-Verhältnis darf keine Seite einen Grad von Sicherheit anstreben, der für die andere Seite weniger Sicherheit bedeutet.

Die Entwicklungen im militärischen Kräfteverhältnis zwischen West und Ost seit den siebziger Jahren zeigen das auf drastische Weise: Die massive Aufrüstung, durch die sich der Westen seit den Entspannungsbemühungen der siebziger Jahre zunehmend bedroht sieht, hat den Urhebern keinen durchgreifenden Vorteil gebracht. Im Gegenteil: Sie hat die Suche nach neuartigen, weltraumgestützten Verteidigungsmöglichkeiten gefördert.

Deshalb werden drastische, zuverlässig überprüfbare Reduzierun-

gen der nuklearen Offensivpotentiale zwangsläufig Notwendigkeit und Umfang neuartiger, bisher nicht existierender Defensivwaffen beeinflussen.

Beide Fragen müssen in ihrem natürlichen und politischen Zusammenhang gesehen und gelöst werden, wie das am 8. Januar 1985 vereinbart wurde. Das Bemühen um kooperative Sicherheit ist ein Schlüssel für die Entwicklung eines stabilen West-Ost-Verhältnisses, von dem der Weltfrieden in erheblichem Maße abhängt.

Erfolge in den laufenden Verhandlungen setzen voraus, daß bestehende Rüstungskontrollabreden eingehalten werden. Die Bundesrepublik Deutschland begrüßt die Entscheidung Präsident Reagans über die weitere Beachtung der SALT-Begrenzungen.

Kooperative Lösungen in den zentralen Sicherheitsfragen setzen ein politisches Umfeld voraus, das durch ein Mindestmaß gegenseitigen Vertrauens bestimmt ist. Wesentlich dafür ist insbesondere die Berechenbarkeit der langfristigen Absichten der anderen Seite. Deshalb ist ein tragfähiges konstruktives Verhältnis der Großmächte unverzichtbar.

Aber Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sind nicht nur Sache der Großmächte. Auch die mittleren und kleineren Staaten müssen sich um eine langfristige stabile Grundlage für das West-Ost-Verhältnis bemühen. Mißtrauen muß überall, wo es besteht, abgebaut werden.

Nicht nur die Nuklearwaffen, auch die anderen Potentiale müssen reduziert werden. Daher bleiben für uns die multilateralen Verhandlungsforen ein unverzichtbarer Teil des Rüstungskontrollprozesses.

Es ist ein ermutigendes Zeichen, daß die Dritte Überprüfungs-Konferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen hat. Der Nichtverbreitungsvertrag hat sich als wichtiges Element der internationalen Rüstungskontrolle und der friedlichen Nutzung der Kernenergie bewährt. Er hat gezeigt, daß multilaterale Rüstungskontrolle möglich ist.

Die MBFR-Verhandlungen in Wien und die KVAE in Stockholm konzentrieren sich auf die konventionellen Streitkräfte, sie sind eine notwendige Ergänzung zu den Genfer Nuklear-Verhandlungen. Auch bei diesen Verhandlungen wollen wir Stabilität auf niedrigem Niveau der Streitkräfte, Offenheit, Transparenz, Berechenbarkeit und Gewaltverzicht durch konkrete Vertrauensbildende Maßnahmen.

Hier in New York haben wir die Initiative für die Erarbeitung von Leitlinien für Vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen, die weltweit angewandt werden können. Ohne verlässliche Verifikation wären Rüstungskontrollvereinbarungen auf unsicherem Grund gebaut.

Ein weltweites Verbot chemischer Waffen scheidet noch immer an den noch offenen Verifikationsfragen, die jetzt mit Nachdruck angepackt werden müssen. Es ist hohe Zeit, die ganze Menschheit von der Geißel der schon seit Jahrzehnten geächteten chemischen Massenvernichtungswaffen zu befreien.

Regionale Teillösungen werden dem nicht gerecht, sie würden auch die Verifikationsfrage noch schwieriger machen. Wir begrüßen jedes Bemühen anderer Staaten um zuverlässige Überprüfbarkeit. In diesem Sinne untersuchen wir die uns von der DDR und der CSSR gegebenen Anregungen.

Die Staaten im Herzen Europas haben allen Grund, einen Beitrag zur Lösung der Verifikationsfrage zu leisten, die ein weltweites Verbot der chemischen Waffen ermöglicht.

Herr Präsident, wir wissen, der Nichtkrieg durch nukleare Abschreckung kann nicht das letzte Wort der Friedenssicherung sein. Wenn die Abschreckung von Angriff, die Abschreckung von Krieg — also die Kriegsverhinderungsstrategie — je versagen sollte, wären die Folgen unvorstellbar. Der 40. Jahrestag von Hiroshima hat dies erneut ins Bewußtsein gerückt.

Im Atomzeitalter kann Sicherheit nicht mehr allein auf autonomen Sicherheitsanstrengungen beruhen. Dauerhafte Friedenssicherung erfordert kooperative Lösungen, deshalb sind Abrüstung und Rüstungskontrolle integrale Bestandteile unserer Sicherheitspolitik. Wir wollen Krieg in jeder Form verhindern, auch den Krieg ohne Atomwaffen.

Auch den konventionellen Ersteinsatz darf sich niemand vorbehalten. Ein konventioneller Krieg wäre bei dem heutigen Stand der Technik tausendmal furchtbarer als der Zweite Weltkrieg. Auch ein konventioneller Krieg im hochgerüsteten Europa wäre eine Katastrophe.

Unser Bündnis hat erklärt: Es wird seine Waffen niemals als erster einsetzen. Wir streben nicht nach Überlegenheit. Wir wollen niemanden besiegen oder beherrschen, wir wollen auch niemanden zu Tode rüsten.

Herr Präsident, die vielen Krisenherde in der Welt, die regionalen Konflikte, dürfen nicht nur aus europäischen Augen betrachtet werden. Und sie dürfen vor allem nicht in den Raster der West-Ost-Auseinandersetzung eingezwängt werden.

Deshalb ist für uns wirkliche Blockfreiheit der Staaten der Dritten Welt ein eminent wichtiger Beitrag für den Weltfrieden und zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen.

Die große Idee der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker darf keine leere Formel bleiben. Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen macht deutlich, daß alle Nationen das gleiche Recht besitzen, ihr staatliches Leben und ihre Politik, auch ihre Friedenspolitik, selbst zu gestalten.

Dieses Recht fordert Achtung vor den besonderen Lebensbedürfnissen der Völker in ihren jeweiligen Regionen. Kein Staat und kein Machtblock hat das Recht, keiner darf sich das Recht anmaßen, die Lebensfragen anderer Nationen entscheiden zu wollen.

Deshalb fordern wir mit der überwältigenden Mehrheit in den Vereinten Nationen den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Das Streben nach ideologischer Vorherrschaft bedeutet eine Verneinung wirklicher Blockfreiheit.

Das ist auf den Gipfelkonferenzen der Blockfreien in Havanna und New Delhi, zuletzt auch auf der Außenministerkonferenz in Luanda, mit aller Deutlichkeit erkannt worden. Wirkliche Lösungen für die Probleme der Dritten Welt müssen aus den Regionen selbst kommen.

Die Europäische Gemeinschaft ist auch der Versuch, regionale Probleme durch immer enger werdenden Zusammenschluß europäischer Demokratien zu lösen. Zusammen mit unseren europäischen Partnern unterstützen wir regionale Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse auch in allen anderen Teilen der Welt. Wir setzen uns ein für friedliche Konfliktlösungen im nachbarschaftlichen Raum. Das hilft, den Ost-West-Gegensatz aus der Dritten Welt herauszuhalten.

Auf der Grundlage dieses Konzepts der regionalen Zusammenarbeit unterstützen wir in Zentralamerika den aus der Region selbst kommenden Contadora-Prozeß. Er ist der einzige realistische Weg, Zentralamerika zur Lösung seiner Probleme zu führen. Am 11. und 12. November findet in Luxemburg eine weitere Konferenz der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft, Spaniens und Portugals und der Staaten Zentralamerikas und der Contadora-Gruppe statt.

Wir wollen den Dialog zwischen den Regionen Zentralamerika und Europa fortsetzen, wir wollen enge Kooperation zwischen beiden Regionen. Eine strukturierte, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit suchen wir auch zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Golfkooperationsrat.

Im Nahen Osten unterstützen wir die regionalen Bemühungen, den Friedens- und Verhandlungswillen aller Konfliktparteien zu stärken. Wir erkennen die positiven Elemente des Fes-Plans an. Wir begrüßen die Initiative König Husseins; wir hoffen, daß durch sie der Weg zum Verhandlungstisch geebnet wird. Nur durch Verhandlungen und Gewaltverzicht kann ein Ausgleich zwischen dem Recht Israels auf Existenz in sicheren und anerkannten Grenzen und dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes gefunden werden.

Wir unterstützen die regionalen Friedensbemühungen der ASEAN-Länder. Die Europäische Gemeinschaft hat die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten von Anfang an als eine beispielhafte, zukunftsweisende regionale Kooperation verstanden.

Die Kamputschea-Initiative der ASEAN-Länder in den Vereinten Nationen kann auf unsere Stimme zählen. Wir freuen uns, daß die Gespräche zwischen den beiden Teilen Koreas wieder aufgenommen worden sind. Wir unterstützen alle Bemühungen zur Beilegung der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel. Das sollte auch den Weg in die Vereinten Nationen öffnen.

Herr Präsident, für den Frieden in der Welt zu arbeiten heißt auch: Zusammenarbeit, um gemeinsam die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu bestehen, vor denen die Menschheit steht. Nord und Süd müssen zusammenarbeiten für eine erfolgreiche Entwicklung in der Dritten Welt. Nord und Süd müssen auch zusammenarbeiten, um den weltweiten Strukturwandel zu bewältigen, den die dritte industrielle Revolution und der Übergang in das Zeitalter der Informations- und Kommunikationsgesellschaft auslösen. Dieses neue Zeitalter bietet der Menschheit große Chancen: Es läßt die Welt noch mehr zusammenwachsen und erweitert Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Kooperation zwischen den Nationen. Es öffnet neue Chancen zur Eigenverantwortung und Persönlichkeitsentfaltung für jeden einzelnen.

Die eine Welt, in der wir heute leben, könnte nicht eine dauerhaft friedliche Welt sein, wenn sie gespalten bliebe in reiche und arme Nationen, in technisch fortgeschrittene und technisch zurückgebliebene Nationen. Aufbau einer wirklich friedlichen Welt heißt Überwindung von Hunger und Armut in allen Regionen der Welt.

Herr Präsident, unser Rückblick auf 40 Jahre Vereinte Nationen ist ein Rückblick auch auf 40 Jahre Entwicklungszusammenarbeit. Trotz aller noch unbewältigter Probleme waren diese 40 Jahre, auch und gerade auch für die Dritte Welt, eine Periode wirtschaftlichen Wachstums.

Das Sozialprodukt in Asien, Afrika und Lateinamerika ist in den 30 Jahren von 1950 bis 1980 um jährlich 5,6 Prozent gewachsen und das heißt: es hat sich verfünffacht. Die Lebenserwartung der Menschen erhöhte sich zwischen 1960 und 1982 von durchschnittlich 42 Jahren auf 49 Jahre; die Kindersterblichkeit ging um die Hälfte zurück; wo

1960 erst 50 Prozent der Kinder in die Grundschule gingen, gehen heute 94 Prozent.

Im Mittelpunkt unserer Generalversammlung stehen zwei Themen: die Verschuldungskrise und die Lage in Afrika. In der Überwindung der Verschuldungskrise haben wir seit 1982 Fortschritte gemacht. Aber sie ist nicht überwunden. Sie tickt weiter als Zeitbombe in der Weltwirtschaft, sie gefährdet Wachstum und soziale Stabilität der Entwicklungsländer ebenso wie die Gesundheit des Bankensystems der Industrieländer.

Was ist zu tun?

Erstens: Wir müssen gemeinsam Wege finden, wie die Finanzierungsströme wieder normalisiert werden können und den Entwicklungsländern wieder adäquate Mittel von außen zufließen können. Diese Aufgabe kann allerdings schon vom Volumen her nicht allein, ja nicht einmal überwiegend von den internationalen Finanzinstitutionen gelöst werden. Die zentrale Rolle müssen weiterhin die privaten Banken und Investoren spielen. Ich appelliere an die Geschäftsbanken, sich dieser Aufgabe nicht zu entziehen.

Die Schuldnerländer ihrerseits müssen auch in den kommenden Jahren alle nur möglichen Anstrengungen unternehmen, ihre innere Wirtschaftspolitik zu reformieren und die Inflation zu bekämpfen. Nur so können sie ihre internationale Kreditwürdigkeit stärken, ein gutes Klima für Investitionen herstellen und die Kapitalflucht beenden.

Wir müssen aber auch sehen: Die Verschuldung ist nicht nur eine wirtschaftlich-finanzielle Frage. Sie ist auch eine politische Frage. Es geht um den sozialen Frieden und die innere Stabilität der Schuldnerländer. Sie dürfen nicht überfordert werden.

Die Auslandsschulden dürfen nicht mit Rezession, Arbeitslosigkeit und Hunger der Dritten Welt bezahlt werden: sie dürfen nicht mit der Bedrohung von Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit bezahlt werden.

Zweitens: Die Lösung der Schuldenkrise verlangt weitere Zinssenkungen. Die Industrieländer müssen durch ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik einen weiteren Rückgang der Zinsen möglich machen. Sie müssen ihre Budgetdefizite reduzieren.

Drittens: Die Märkte der Industrieländer müssen für die Entwicklungsländer offenbleiben und sich weiter öffnen. Protektionismus ist nicht nur eine Gefahr für das wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern, Protektionismus ist eine tödliche Gefahr für die Entwicklungsländer. Der freie Welthandel hat für die Entwicklungsländer existentielle Bedeutung.

Nur wenn die Industrieländer den Fertigwaren- und Halbfertigwaren der Entwicklungsländer ihre Märkte öffnen, können diese stärker in die Weltwirtschaft integriert werden. Wer der Dritten Welt seine Märkte verweigert, der verweigert ihr die Entwicklung!

Die Bundesrepublik Deutschland steht für offene Märkte gerade auch gegenüber der Dritten Welt. Die hohen Handelsbilanzüberschüsse, insbesondere der Länder Afrikas und Lateinamerikas, auf unserem Markt legen davon Zeugnis ab. Um den freien Welthandel

zu sichern und zu verstärken, treten wir für einen baldigen Beginn der neuen GATT-Verhandlungsrunde ein.

Die akute Gefährdung des freien Welthandels geht vor allem von den großen Handelsbilanzungleichgewichten in der Welt aus. Diese jedoch durch Handelsbeschränkungen überwinden zu wollen, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Es hieße die Ursachen verkennen.

Eine interdependente Weltwirtschaft erlaubt keine isolierten Wirtschaftspolitiken ohne Blick auf die Auswirkungen auf andere Länder. Je stärker die Wirtschaft eines Landes ist, um so größer ist seine Verantwortung.

Die Aufforderung zur Marktöffnung für die Dritte Welt richtet sich auch an die sozialistischen Industrieländer. Sie nehmen immer noch weniger als 5 Prozent der Fertigwarexporte der Dritten Welt ab. Das entspricht in keiner Weise ihrer Stellung in der Weltwirtschaft und der Verantwortung, die auch sie tragen.

Herr Präsident, die zweite große Aufgabe, die uns in dieser Generalversammlung vor Augen steht, ist die Hilfe für Afrika! Die internationale Gemeinschaft hat nach der letzten Generalversammlung Hilfe gegen die drohende Hungerkatastrophe organisiert.

Die Bundesregierung hat mit Nahrung, Transport und Medikamenten geholfen. Ungezählte Bürger meines Landes haben großzügig gespendet. Die Hilfe für Afrika muß weitergehen, ja gesteigert werden. Geber und Empfänger sind sich dabei einig, daß äußere Hilfe allein die Wende nicht bringen kann.

Afrika weiß, daß es Wirtschaftsreformen braucht und die Landwirtschaft zum Kern seiner Entwicklungsanstrengungen machen muß. Es ist notwendig, durch lohnende Erzeugerpreise den Bauern Anreize zu geben, mehr zu produzieren.

Aber die Reformen in Afrika lassen sich nur durchführen, wenn sie durch ausreichende Hilfe von außen unterstützt werden. Im Auftrag des Bonner Weltwirtschaftsgipfels haben die sieben Industriestaaten Vorschläge zur Bekämpfung des Hungers in Afrika ausgearbeitet, die gestern hier in New York von den sieben Außenministern gebilligt worden sind.

Herr Präsident, für die Bundesrepublik Deutschland ist Entwicklungspolitik Teil ihrer Friedenspolitik. Wir wollen, daß die Entwicklungsländer wirtschaftlich selbständiger und unabhängiger werden. Wir wollen die wirtschaftlichen Grundlagen echter Blockfreiheit stärken.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Hilfe nicht auf wenige ausgewählte Länder beschränkt. Wir haben vielmehr überall dort geholfen, wo die Not am größten war. Den ärmsten Ländern der Welt haben wir die Schulden erlassen — in einem Ausmaß, wie dies kein anderes Industrieland getan hat.

Die Bundesregierung hält Bevölkerungspolitik für einen notwendigen Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungsstrategie. Wir unterstützen deshalb auch den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. Er hat wertvolle Arbeit geleistet und wesentlich mitgeholfen, das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen. Weitere Erfolge sind nötig.

Traditionsgemäß am dritten Dienstag im September wurde die Jahrestagung der UN-Generalversammlung eröffnet: am 17. September 1985. Mit dem Präsidentenamt war dieses Mal die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten an der Reihe; gewählt wurde Don Jaime de Pinies (Spanien). Mit den Vereinten Nationen ist er seit langem verbunden; 28mal hat er sein Land in der Generalversammlung vertreten. Jaime de Pinies wurde am 18. November 1917 in Madrid geboren; das Studium der Rechtswissenschaften schloß er 1941 an der Universität der spanischen Hauptstadt ab. In den Auswärtigen Dienst seines Landes trat er 1944 ein. Stellvertreter des Ständigen Vertreters Spaniens bei der Weltorganisation war er 1960-1968, Ständiger Vertreter 1968-1972 und wieder ab 1973. Im Juni dieses Jahres trat er in den Ruhestand, wurde dann aber Ende August durch Königliches Dekret als Sonderbotschafter nach New York entsandt. — Im Bild v.l.n.r.: Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, Präsident Jaime de Pinies und Untergeneralsekretär William B. Buffum.



Weltweite Interdependenz wird besonders deutlich beim Umweltschutz. Hier ist internationale Politik auf dem Wege, Weltinnenpolitik zu werden. Hier entscheidet die Menschheit in gemeinsamer Verantwortung über die eigene Zukunft.

Unsere Wälder sind in Gefahr, unser Ackerland erodiert, Wüsten und Steppen dehnen sich aus, Meere, Seen und Flüsse verschmutzen mehr und mehr, Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Es gilt, auf dem klein gewordenen Raumschiff Erde die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, von denen wir alle zusammen abhängen.

In der Nord-Süd-Zusammenarbeit gilt es, rechtzeitig auch die Fragen einzubeziehen, die die neuen Technologien, Mikroelektronik und Biotechnik aufwerfen. Diese Technologien bringen große Chancen gerade auch für die Entwicklungsländer. Die Gentechnologie bietet neue Möglichkeiten für eine Lösung der Welternährungsprobleme.

Die neuen Fernmelde- und Rundfunksatelliten bieten die Chance, ganze Regionen der Dritten Welt schnell und relativ billig mit einer Kommunikations-Infrastruktur zu versorgen. Doch neben den Chancen stehen auch Risiken. So treiben die neuen Informationstechnologien in den Industrieländern die Automatisierung voran. Für die Entwicklungsländer bringt dies die Gefahr, daß sich ihr Vorteil der niedrigen Arbeitskosten entwertet.

Nord und Süd müssen zusammenarbeiten, um die Chancen der neuen Technologien für die Dritte Welt zu nutzen und den Risiken vorzubeugen. Die größte Chance scheint mir dabei, daß die neue technologische Revolution es vielen Entwicklungsländern, jedenfalls in Teilbereichen, ermöglicht, praktisch gleichzeitig mit den Industrieländern in das neue Informationszeitalter einzutreten.

Herr Präsident, die Vereinten Nationen haben die Würde des Menschen als den obersten Maßstab anerkannt. Das haben alle Staaten nach innen und nach außen zu beachten.

Die Vereinten Nationen haben ein umfassendes System weltweit verbindlicher Normen zum Schutze der Menschenrechte geschaffen. Das Übereinkommen gegen die Folter von 1984 ist ein Dokument gegen Erniedrigung, Unmenschlichkeit und Grausamkeit. Ich hoffe, daß die nächste Vereinbarung auf diesem Gebiet ein weiteres Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe sein wird.

Vor uns liegt die Aufgabe, die Menschenrechte nicht nur zu formulieren, sondern sie durchzusetzen. Dazu brauchen wir internationale Institutionen, die den Schutz der Menschenrechte stärken. Wir fordern die Einsetzung eines Hochkommissars für Menschenrechte, und wir fordern einen Internationalen Menschenrechtsgerichtshof bei den Vereinten Nationen.

Noch immer werden in vielen Teilen der Welt die Menschenrechte mißachtet. Ein uns alle bedrückendes Menschenrechtsproblem besonderer Art ist die Apartheid in Südafrika. Wir wollen die friedliche Überwindung der Apartheid in der Republik Südafrika. Das entspricht den ethischen Grundlagen unserer Verfassung, das entspricht den Forderungen der christlichen Kirchen und der tiefen Überzeugung der Bürger in meinem Land.

Es geht um gleiche Rechte für alle Südafrikaner ohne Ansehen ihrer Hautfarbe. Die Welt schaut mit Entsetzen und Empörung auf die Eskalation blutiger Auseinandersetzungen in Südafrika.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in Südafrika, alle politischen Gefangenen freizulassen, die Zwangsumsiedlung zu beenden, den willkürlichen Verhaftungen ohne richterlichen Beschluß ein Ende zu setzen und den Ausnahmezustand aufzuheben.

Nur in Verhandlungen mit den authentischen Führern aller Bevölkerungsgruppen kann eine dauerhafte Lösung gefunden werden. Wie diese Lösung aussieht, müssen die Menschen in Südafrika selbst entscheiden können, niemand außerhalb Südafrikas hat das Recht, ihnen dafür Vorschriften zu machen.

Die südafrikanische Regierung hat in jüngster Zeit einige konkrete Hinweise auf Reformen gegeben. Sie müssen nun schnell verwirklicht werden. Weitere tiefer greifende Reformen bleiben erforderlich, bis die Apartheid vollkommen überwunden ist. Wir hoffen, daß die Verantwortlichen nicht die letzte Chance versäumen, die ihnen die Geschichte gibt.

Herr Präsident, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung muß die Grundlage sein für die Lösung der Namibia-Frage. Die Resolution 435 des Sicherheitsrats bleibt für uns die unverzichtbare Grundlage jeder Namibia-Lösung.

Wir appellieren an die Regierung Südafrikas, endlich den Weg freizumachen für die international anerkannte Unabhängigkeit Namibias. Freie Wahlen müssen bestimmen, welche Regierung die Mehrheit des Volkes haben will.

Herr Präsident, die Vereinten Nationen sind vierzig Jahre alt. Wir werden uns in diesem Jahr feierlich neu auf die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verpflichten.

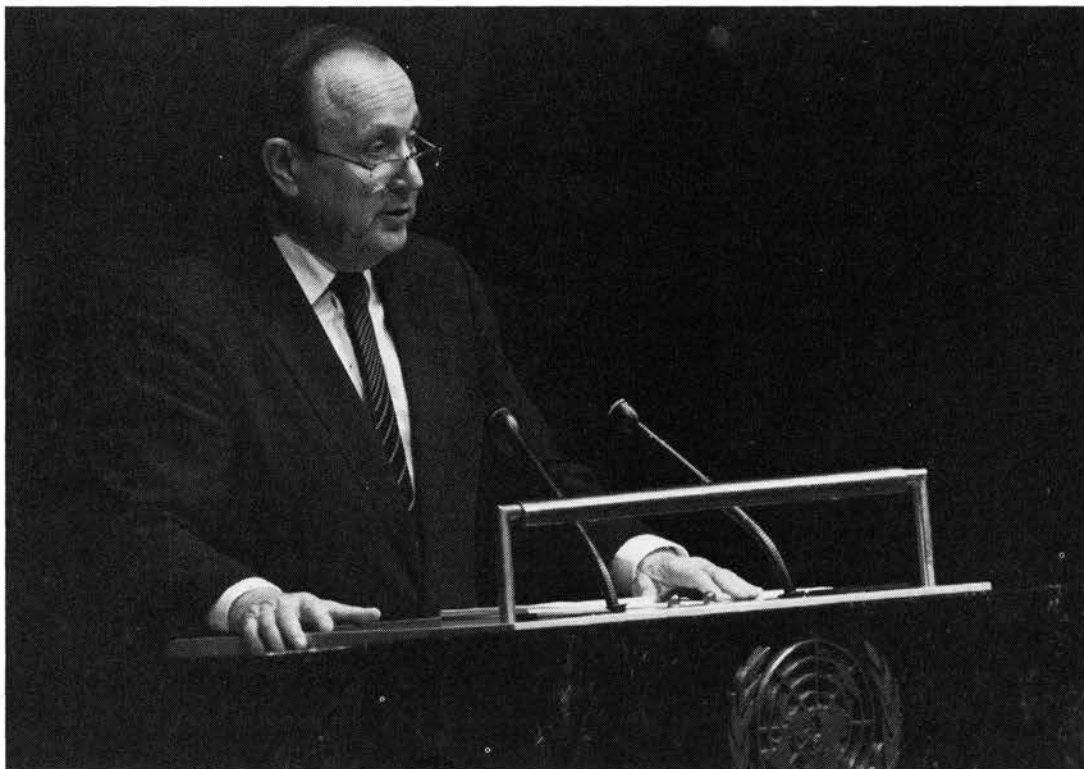
Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat uns zu einem neuen kooperativen Internationalismus aufgefordert. Wir unterstützen seine praktischen Vorschläge. Wir brauchen keine neue Charta. Aber wir brauchen einen neuen Geist in den Vereinten Nationen. Die Friedenssicherung muß hier, in diesem Gebäude, beginnen.

Die Vereinten Nationen sind geschaffen worden für den Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Sie dürfen nicht mißbraucht werden für Propaganda und für kurzfristige, vielleicht innenpolitisch verwertbare Abstimmungserfolge. Gewiß, die UN sind eine politische Organisation. Und Politik bedeutet Ringen um Macht, Einfluß, Werte, Programme, Personen.

Darüber dürfen wir nicht vergessen, daß wir hier in den Vereinten Nationen mit einem kostbaren Instrument umgehen. Unsere vom Krieg geschlagenen Väter haben es geschaffen. Wir müssen noch lernen, das Instrument, das die Vereinten Nationen uns für die Sicherung des Friedens bieten, meisterhaft zu beherrschen.

Die Geschichte wird uns nicht messen an kleinen taktischen Erfolgen hier und dort, sie wird uns allein daran messen, ob es uns gelungen ist, die Weltkatastrophe zu vermeiden und das Leben für alle menschenwürdiger zu gestalten.

Die Würde des Menschen, seine unveräußerlichen und elementaren Rechte müssen der Maßstab bleiben für alles, was wir tun.



Seit 1974 hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher jedes Jahr (außer 1982) im Rahmen der Generaldebatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen den Standpunkt der Bundesregierung zu internationalen Fragen dargelegt. Vor dem Weltforum der 40. Generalversammlung hat er am 26. September 1985 gesprochen; diese Jahrestagung steht weitgehend im Zeichen des Jubiläums. Bereits zum 26. Juni, dem 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta, hatte der Bundesaußenminister darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Vereinten Nationen »als unersetzlicher Faktor der Staatengemeinschaft erwiesen« haben. Die oftmals beklagte Schwäche der Vereinten Nationen sei vor allem eine Schwäche des politischen Willens der Staaten, entsprechend den Zielen und Grundsätzen der Organisation zu handeln.